

Das Versagen der Dinkins-Koalition und die Zukunft der Politik in New York City

Demographie, so hört man oft, sei in der amerikanischen Wahlpolitik entscheidend. Im Allgemeinen soll das bedeuten, daß Personen aus derselben demographischen Kategorie dazu neigen, als Gruppe zu wählen (so z.B. Afroamerikaner oder weiße Katholiken), und daß die relative Größe dieser Gruppe im jeweiligen Wahlkreis das Wahlergebnis bestimmt. In dem Maße, in dem sich die Bevölkerung eines Wahlkreises ändert, verändert sich auch das politische Schicksal jener Kandidaten und Parteien, deren Wählerbasis in einer wachsenden oder schrumpfenden Gruppe liegt. Denn obwohl Ethnie, Bildung, Beschäftigungsverhältnis, Besitz, Religion, Geschlecht und die jeweilige Phase im Lebenszyklus für politischen Zusammenhalt sorgen können und es auch tun, hat Rassenzugehörigkeit im Allgemeinen den stärksten Einfluß, insbesondere in der städtischen Politik Amerikas.

Vor diesem Hintergrund, und im Zuge des Schrumpfens des weißen Bevölkerungsteils bei gleichzeitigem Anwachsen der Minderheiten zu einer Mehrheit in amerikanischen Städten, wäre zu erwarten, daß eine steigende Zahl von Schwarzen und Hispanics zu Bürgermeister amerikanischer Städte gewählt werden würde.¹ Und dies ist tatsächlich auch geschehen. Schwarze Bürgermeister lösten zwischen 1969 und 1989 in der Mehrzahl der größeren amerikanischen Städte ihre weißen Vorgänger ab. Obwohl das Entstehen einer schwarzen Bevölkerungsmehrheit normalerweise ausreichte, diesen ethnischen Übergang in der politischen Führung herbeizuführen, war sie dafür weder notwendig noch überhaupt sehr verbreitet. Einige große Städte wie Detroit und Atlanta hatten eine ausreichend große, schwarze Bevölkerungsmehrheit, die die Wahl eines schwarzen Bürgermeisters unvermeidbar erscheinen ließ. In den meisten anderen großen Städten wie Chicago, Philadelphia und Baltimore, oder Los Angeles und New

* Übersetzt von Thorsten Schomann

Das Versagen der Dinkins-Koalition

York sicherten sich schwarze Kandidaten dagegen genügend Unterstützung durch weiße liberale Wähler und Hispanics, um die Bürgermeisterwahlen zu gewinnen. Studien zu städtischer Politik konzentrierten sich daher nicht nur auf die ethnischen Veränderungen in der Zusammensetzung der Wählerschaft, sondern betrachteten auch die besonderen Bedingungen, unter denen der liberal eingestellte Teil der weißen Bevölkerung sich mit Schwarzen und anderen Gruppen zusammenschloß, um rebellische zweirassige Koalitionen zu bilden, die die rein weißen und konservativeren Koalitionen ersetzen.²

Vor diesem Hintergrund hätte New York alle Eigenschaften haben sollen, um bis 1980 einen Bürgermeister aus einer der Minderheiten zu stellen. Obwohl weit davon entfernt, die Bevölkerungsmehrheit zu stellen, machten die Schwarzen zu diesem Zeitpunkt bereits 24 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Wichtiger noch allerdings ist der Umstand, daß sie von einem Anteil von etwa 28 Prozent der Wähler der Demokraten durch das Anwachsen auf 33 Prozent in den achtziger Jahre zur größten einzelnen ethnischen oder rassischen Gruppe unter den Wählern der Demokratischen Partei wurden. (Da beinahe 70 Prozent aller New Yorker Wähler als Demokraten eingetragen sind, ist eine Nominierung als Kandidat dieser Partei bei den Wahlen um ein Amt häufig gleichbedeutend mit dem Sieg bei der Wahl zum Stadtparlament.) Schwarze kamen somit im Laufe der achtziger Jahre in eine Schlüsselposition bei der Nominierung eines eigenen Kandidaten für das Bürgermeisteramt. Dies war um so bedeutsamer, als es in der Stadt New York eine große Zahl weißer Liberaler (etwa 18 Prozent der demokratischen Wähler bei den Vorwahlen) und einen wachsenden hispanischen Bevölkerungsteil gibt. (1990 lag der Anteil bei 24,3 Prozent der Gesamtbevölkerung, aber bei nur etwa 14 Prozent der Stimmen für die Demokraten als Folge des niedrigen Durchschnittsalters, der Armut und des hohen Anteils an Personen ohne amerikanische Staatsbürgerschaft.)

Es wäre deshalb vernünftigerweise zu erwarten gewesen, daß diese Kräfte eine liberale und bi-rassische Koalition bilden würden, vergleichbar mit denen, die Tom Bradley und Harold Washington zu Bürgermeistern von Los Angeles und Chicago machten, den zweit- und drittgrößten Städten des Landes. Bis zum Ende der achtziger Jahre jedoch trat genau dieser Fall nicht ein. Im Gegenteil: Die konservative Koalition unter Bürgermeister Edward I. Koch konnte sich zwischen 1977 und 1989 gegen alle Herausforderungen aus dem Lager der Liberalen und Schwarzen behaupten. Der knappe Sieg David N. Dinkins',

des ersten afroamerikanischen Bürgermeisters von New York, im Jahre 1989 schien darauf hinzudeuten, daß es der liberalen, zweirassigen Koalition gelungen war, einen ethnischen Machtwechsel in der politischen Führungsschicht der Stadt herbeizuführen. Am Ende gelang es Dinkins jedoch nicht, seine politische Position zu konsolidieren, und in den Bürgermeisterwahlen im Jahr 1993 wurde er von einem konservativen Kandidaten der Republikaner geschlagen und ersetzt.

Wenn New York alle Voraussetzungen erfüllte, die nach Expertenmeinung das Entstehen einer erfolgreichen zweirassigen Koalition begünstigen, warum kam diese erst so spät und war so erfolglos? Und welche Einsichten können wir aus der Erfahrung New Yorks, die einst so ungewöhnlich schien, für das Verständnis der jüngsten Erfolge relativ konservativer weißer Kandidaten, einige davon Republikaner, bei der Ablösung von Minderheiten-Regierungen in Philadelphia, Chicago und Los Angeles gewinnen? Betrachten wir, um diese Fragen beantworten zu können, zunächst, warum eine multirassische, multiethnische und liberale Koalition in New York erst so spät zustande kam und so zerbrechlich war. Die Faktoren, die eine multirassische Koalition verhindern, fallen unter zwei Überschriften: die zugrundeliegende Zusammensetzung der Wählerschaft und die Organisation des politischen Prozesses.

1. Die Zusammensetzung der Wählerschaft

Veränderungen in der städtischen Bevölkerung setzen sich nicht direkt oder automatisch in Veränderungen innerhalb der aktiven städtischen Wählerschaft um. Die Bedingungen, unter denen jemand wahlberechtigt ist, die Praktiken politischer Parteien und sozioökonomisch geprägte Muster politischer Mobilisierung beeinflussen dieses Verhältnis. Um wählen zu können, muß man dazu berechtigt, das heißt, mindestens 18 Jahre alt und im Besitz der Staatsbürgerschaft sein. In New York sind Weiße mit höherer Wahrscheinlichkeit im Wahlalter und mit weit größerer Wahrscheinlichkeit Staatsbürger, als dies Schwarze, Hispanics oder Asiaten sind. Das verschiebt die potentiell berechtigte Wählerschaft zuungunsten der Minderheiten und zugunsten der Weißen. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, machten 1990 Weiße nur 43,2 Prozent der städtischen Bevölkerung, aber 54,9 Prozent der städtischen Bürger im Wahlalter aus. Die Bedingungen, unter denen jemand wahlberechtigt ist, machen allein auf diese Weise aus einer Stadt, in der die Minderheiten die Mehrheit stellen, eine Stadt mit potentiell weißer Wählermehrheit.

Demographischer Wandel wird diese Situation in naher Zukunft nicht verändern. Bevölkerungsveränderungen in New York sind vor allem eine Folge der „new immigration“, die sich seit 1965 vollzieht.³ 1990 gab beinahe eine Million der sieben Millionen Einwohner New Yorks an, in den achtziger Jahren aus dem Ausland in die Stadt gekommen zu sein. Die überwiegende Mehrzahl dieser Einwohner ist auf legalem Wege in die Stadt gekommen, muß aber dennoch fünf Jahre warten, bevor sie das Anrecht auf Staatsbürgerschaft erhält. Nur eine Minderheit derer, die Anrecht auf die Staatsbürgerschaft haben, macht dann von diesem Anrecht tatsächlich auch Gebrauch, obwohl drohende Anti-Einwanderer-Gesetze die Zahl der Anträge erhöht haben. Die Einbürgerungsrate unter denjenigen, die zehn oder mehr Jahre in dem Vereinigten Staaten gelebt haben, liegt bei den drei größten Einwanderergruppen (Dominikaner, Jamaikaner und Chinesen) bei 38,2 bzw. 54,9 und 72,9 Prozent. Berücksichtigt man, daß die meisten Einwanderer im letzten Jahrzehnt angekommen sind, so wird deutlich, daß es noch einige Jahrzehnte dauern wird, ehe die Einbürgerungsrate unter der eingewanderten Bevölkerung 100 Prozent erreicht. Mehr noch also als für die einheimischen Minderheiten werden die Wahlberechtigungsregelungen den politischen Einfluß der im Ausland geborene Minderheiten verringern.

Selbst von den wahlberechtigten Bürgern läßt sich eine große Zahl nicht in die Wählerlisten eintragen oder geht nicht zur Wahl. Tabelle 1 zeigt, daß die Wahlneigung zwischen den Gruppen variiert und die Zusammensetzung der aktiven Wähler stark beeinflusst.

Im Gegensatz zur allgemeinen Wahrnehmung läßt sich in New York City neben den Weißen ein verhältnismäßig hoher Anteil von Schwarzen auf Wählerlisten eintragen und geht wählen. Da Schwarze sich mit höherer Wahrscheinlichkeit als andere rassische und ethnische Gruppen bei den Demokraten registrieren lassen, haben sie einen besonders großen Einfluß bei der Kandidatennominierung dieser Partei. 1989 gaben sie 34,2 Prozent aller Stimmen bei den Vorwahlen der Demokratischen Partei ab, obwohl Schwarze nur 25,2 Prozent der städtischen Bevölkerung ausmachten. Auf der anderen Seite ist es bei Latinos und Asiaten weniger wahrscheinlich, daß sie sich in Wählerlisten eintragen lassen bzw. wählen gehen, selbst wenn sie dazu berechtigt sind. Gewählte Funktionäre konzentrieren ihre Einschreibungskampagnen zumeist auf die Wählerschaft, von der sie unterstützt werden. Da Weiße und Schwarze proportional mehr Funktionäre gewählt haben, konzentrierten diese ihre Einschreibungskampagnen folglich

auf die im Land geborenen Weißen und Schwarzen. Hinzu kommt, daß hispanische und asiatische Bevölkerungsteile tendenziell geringere Einkommen, eine schlechtere Bildung und größere geographische Mobilität aufweisen, alles Faktoren, die einen negativen Einfluß auf die Wahlbeteiligung haben. Die letzte Spalte in Tabelle 1 zeigt das Endergebnis: Weiße stellen drei Fünftel der Wählerschaft, obwohl sie nur zwei Fünftel der Bevölkerung ausmachen.

Obwohl sich durch den demographischen Wandel in New Yorks Wählerschaft der Anteil der Weißen verringert, erhöht sich dadurch der Anteil der Schwarzen nicht. Im Gegenteil, die Wählerschaft wird ethnisch heterogener. Die weiße Bevölkerung New York Citys wird zusehends älter, stirbt oder zieht aus der Stadt fort, obwohl sich dieser Trend im letzten Jahrzehnt im Vergleich zu den sechziger und siebziger Jahren verlangsamt hat. Weniger beachtet, aber ebenso wichtig ist, daß die im Land geborenen Schwarzen in den letzten beiden Jahrzehnten eine stetig steigende, hohe Abwanderungsrate aus der Stadt aufweisen. Die Einwanderer aus der Karibik und vergleichsweise hohe Geburtenraten unter ihnen haben zu einem leichten realen Anstieg der schwarzen Bevölkerung geführt, aber es ist unwahrscheinlich, daß der Anteil der Schwarzen an der Gesamtbevölkerung jemals 30 Prozent übersteigen wird. Bei dieser Entwicklung werden die Schwarzen zunehmend von den karibischen Immigranten dominiert. Die anhaltende Einwanderung wird in den kommenden Jahrzehnten auch die Anteile der hispanischen und asiatischen Bevölkerungsteile an der Stadtbevölkerung erhöhen.

Als Folge dieser Entwicklung wird die Bevölkerung der Stadt als Ganzes wesentlich heterogener werden. Obwohl Puertorikaner, die Staatsbürger sind, die Hälfte der hispanischen Bevölkerung ausmachen, wird ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung stabil bleiben, während der Anteil von Dominikanern, Zentralamerikanern und Südamerikanern an der hispanischen Bevölkerung größer werden wird. In ähnlicher Weise verhält es sich mit den Chinesen: Obwohl sie die Hälfte der asiatischen Bevölkerung ausmachen beinhaltet doch diese Klassifizierung bereits Personen aus Korea, Ost-Indien, den Philippinen, Japan und zahlreiche andere Volksgruppen.

Zwei wichtige politische Faktoren folgen aus diesen Trends. Zum einen sind sowohl Weiße als auch Schwarze in der aktiven Wählerschaft überrepräsentiert, Hispanics und Asiaten gleichzeitig stark unterrepräsentiert. Vielfach wird die städtische Politik als Gegensatz zwischen Schwarzen und Weißen gedeutet, dabei sind beide im Ver-

gleich zu neueren und stärker marginalisierten Gruppen bereits Teil des Establishments geworden. In dem Maße, in dem eine Koalition zwischen liberalen Weißen und Schwarzen die Wählerschaft der Demokraten unter Ausschluß von Hispanics und Asiaten beherrscht, eröffnet sie den Republikanern die Möglichkeit, aus diesen Gruppen Anhänger zu gewinnen. Zum zweiten macht die Bildung einer dauerhaften Mehrheitskoalition innerhalb der Demokratischen Partei zunehmend eine Koalition der verschiedenen Volksgruppen (anstelle einer Koalition nur aus Schwarzen und Weißen) notwendig. Dazu wird man sich der Konkurrenz und den Konflikten zwischen Schwarzen und Hispanics, einheimischen und karibischen Schwarzen und zwischen Puertorikanern und Dominikanern stellen müssen.

Diese Aufgabe wird nicht einfach sein. New York ist ein gutes Beispiel dafür, wie die unterschiedlichen ethnischen Gruppen sich gegenseitig mit Argwohn betrachten und miteinander um bevorzugte Nischen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im öffentlichen Dienst, konkurrieren.⁴ Auch innerhalb der Gruppen ist die Konkurrenz um politischen Einfluß stark, wodurch eine Situation geschaffen wird, in der Weiße (die die größte und am längsten etablierte Gruppe im politischen Establishment bleiben, obwohl ihr Bevölkerungsanteil sinkt) die verschiedenen Gruppen gegeneinander ausspielen können, um ihre eigene beherrschende Position zu wahren.⁵

Versuche, Koalitionen zu bilden, die weiße Liberale mit Schwarzen, Hispanics und anderen ethnischen Minderheiten vereinen, stehen darüber hinaus vor dem Problem grundlegender Unterschiede in der sozioökonomischen Lage, in den Lebensstilen, der politischen Organisation und den politischen Aussichten zwischen diesen Gruppen. Weiße Liberale haben hohe Einkommen, genießen eine gute Ausbildung und haben gut bezahlte Jobs, als eine der am besten gestellten Gruppen in New York haben sie ökonomisch Boden gutmachen können. Schwarze haben geringere Einkommen, eine schlechtere Ausbildung, schlechtere Jobs, und ein größerer Teil von ihnen ist arbeitslos und abhängig von öffentlicher Unterstützung. Trotzdem haben auch sie ihre Ausbildungs- und Beschäftigungssituation verbessern und an Boden gutmachen können. Hispanics haben wiederum eine schlechtere Ausbildung, arbeiten in einfacheren Jobs, meist im verarbeitenden Gewerbe, und haben höhere Anteile an Wohlfahrtsempfängern. Ihr Einkommen hat mit denen der Weißen und Schwarzen nicht mithalten können. Asiaten sind, obwohl sie im Schnitt nur über ein relativ niedriges Einkommen verfügen, nur in geringem Maß von der Wohlfahrt

abhängig. In Laufe einer Generation verbessern sie sehr schnell ihre Ausbildungs- und Arbeitsplatzsituation.

Wie Tabelle 2 zeigt, variiert das ideologische Spektrum stark zwischen den verschiedenen Gruppen. Weiße Liberale machen etwa 15 Prozent der erwachsenen städtischen Bevölkerung New York Citys aus, bei den Schwarzen hingegen sind es 24 Prozent. Da Schwarze entgegen aller ideologischen Differenzen dazu tendieren, als geschlossener Block zu wählen, und weiße Liberale seit langem gute Verbindungen zu schwarzen Wählern unterhalten, bilden sie zusammen den Kern einer multiethnischen Koalition. Um aber eine stabile Mehrheit zu bilden, müssen sie mindestens weitere 11 Prozent der gesamten Wählerschaft als Anhänger unter Hispanics, Asiaten und nichtliberalen Weißen gewinnen. Diese Gruppen sind jedoch wesentlich konservativer, und die Hispanics sind, obwohl auf der untersten Stufe der sozioökonomischen Hierarchie, die konservativste Gruppe. Die Aufgabe, diese Differenzen in sozialer Position, sozialer Organisation und politischen Ansichten zu überbrücken, ist außerordentlich schwierig, selbst wenn die politische Situation eine Kooperation begünstigt.

Vor der Tatsache, daß der politische Prozeß häufig von Konkurrenz und Teilung lebt, wird diese Aufgabe umso entmutigender. Bei der Betrachtung der Beziehungen zwischen den Ethnien ist der Blick vor allem auf die Spannungen zwischen schwarzen und weißen Volksgruppen, hierunter insbesondere Juden, gelenkt worden.⁶ Aber auch die Beziehungen zwischen weniger religiösen weißen Liberalen, Schwarzen und Hispanics sind nicht unbedingt eng. Weiße Liberale bilden den Kern der politischen Reformbewegung in New York City, wobei ihre stark ideologischen Sichtweisen und Lebensstile und ihre Wertvorstellungen anderen häufig zu lax, sogar unmoralisch erscheinen. Schwarze und Hispanics werden wesentlich eher als weiße Liberale mit der Parteiorganisation der regulären Demokraten⁷ assoziiert und es ist wahrscheinlicher, daß sie eine eher pragmatische, beinahe technokratische Einstellung gegenüber der Politik haben. Tabelle 2 weist auch auf eine starke konservative Strömung unter den Schwarzen und Hispanics hin, die beispielsweise bei Themen wie die Behandlung von Homosexualität und AIDS im Schulunterricht ihren Ausdruck findet.

2. Die Bildung von Koalitionen und der Politikprozeß

Diese grundlegenden Unterschiede sind der Boden, auf dem die zwei widerstreitenden politischen Richtungen seit langem versuchen, Wählermehrheiten und Regierungskoalitionen dauerhaft miteinander zu verknüpfen. Der Wettstreit zwischen einem relativ konservativen, weißen Establishment und den liberaleren multiethnischen Herausforderern ist an den Gegensätzen zwischen Weißen und Minderheiten, Demokraten und Republikanern, regulären und Reform-Demokraten ausgetragen worden. Zwischen 1977 und 1989 vertrat Bürgermeister Edward I. Koch jeweils den ersten Teil dieser Gegensatzpaare. Die soziale Basis für seine Koalition kam in erster Linie von weißen Katholiken und jüdischen Einwohnern aus der Mittel- und unteren Mittelschicht der äußeren Stadtbezirke; beides Gruppen, die traditionell von den Parteiorganisationen der regulären Demokraten mobilisiert wurden. Dabei hatte Koch seine politische Karriere als liberaler Reformler der Demokraten in Lower Manhattan begonnen und erhielt große Unterstützung von Seiten der weißen Liberalen, Schwarzen und Hispanics bei seiner ersten Wahl zum Bürgermeister 1977. Einmal im Amt, gelang es ihm, sich diese Unterstützung zu bewahren und gleichzeitig seine Koalition um die Organisationen der regulären Demokraten und ihrer sozialen Basis herum auszubauen. Gleichzeitig neigte Koch dazu, die Gegensätze zwischen den Rassen zu verstärken, was nicht nur schwarze, sondern auch weiße Liberale und Hispanics dazu brachte, sich insbesondere nach den politischen Skandalen 1986 von seiner Koalition abzuwenden.⁸

Die andere Seite, traditionell der Reformflügel, hatte ursprünglich ihr Zentrum in der Schicht der liberalen weißen Angehörigen höherer Berufsgruppen, die überwiegend in Manhattan, aber auch in einigen Teilen anderer Stadtbezirke wohnt. Bis zum Beginn der sechziger Jahre richtete sich der Reformimpuls gegen die demokratischen Maschinen-Politiker,⁹ die als neidische, korrupte und unfähige Amtsinhaber erschienen und auf politische Bevormundung, nicht auf Effektivität aus waren. Typischerweise nutzten die Reformkräfte die republikanische Partei als die organisatorische Basis, um von hier aus enttäuschte Demokraten und andere, die sich durch das Establishment der Partei unzureichend vertreten fühlten, als Anhänger zu werben.¹⁰

In den sechziger Jahren wurde die politische Teilnahme von Minderheiten ein wichtiges Thema im Reformschub, insbesondere unter der Administration von Bürgermeister John V. Lindsay in den Jahren

1965 bis 1973. Dieser Zeitraum war der Höhepunkt sowohl des Bürgerrechtsaktivismus in New York als auch der Bemühungen um die Mobilisierung der Gemeindebasis, um die politische Teilnahme von Minderheiten zu erreichen. Die Gefahr unabhängiger politischer Aktionen führte bei Organisationen der regulären Demokraten in Brooklyn, Queens und der Bronx zu größeren Anstrengungen, Führerschaft und Unterstützung unter der schwarzen und hispanischen Nachbarschaften dieser Stadtbezirke zu gewinnen.

Die Reform erwies sich als kurzlebig. Die Aufnahme von gewählten schwarzen und hispanischen Funktionären in das Establishment der regulären Demokraten führte nicht nur zu einer Verwässerung der Reformen, auch der Versuch der Koch Administration, Manhattans weiße Reformer und die weißen Regulären der äußeren Stadtbezirke einzubinden, verwischte die Unterschiede zwischen beiden Gruppen weiter. Einige Beobachter vertreten die Meinung, daß die weißen Reformer in dem Moment, in dem sie sich dem politischen Establishment anschlossen, ihre Entschlossenheit einbüßten, sich anderen schwarzen und benachteiligten Gruppen im Kampf um eine Veränderung der Machtverteilung anzuschließen, weil sie selbst bereits Nutznießer der herrschenden Machtverteilung geworden waren¹¹.

Der Reformschub erfuhr eine letzte beherzte, aber nur kurze Wiederbelebung unter der Administration von David N. Dinkins zwischen 1989 und 1993. Beinahe geschlossene Unterstützung durch die schwarzen Wähler, mehrheitliche Unterstützung von Seiten der weißen Liberalen und hispanische Stimmen in nennenswertem Umfang beschernten Dinkins einen Sieg sowohl bei der Nominierung zum Bürgermeisterkandidaten 1989, bei der er gegen Koch gewann, als auch bei den Wahlen zum Bürgermeisteramt im selben Jahr, bei denen er den ehemaligen republikanischen Bundesanwalt, Rudolph W. Giuliani schlug. Die erhöhte Registrierung von Schwarzen hatte deren Anteil an der potentiellen Wählerschaft der demokratischen Vorwahlen in den achtziger Jahren vergrößert, und die Aussicht auf den ersten Sieg eines schwarzen Kandidaten bei den Wahlen zum Bürgermeister der Stadt brachte darüber hinaus auch eine Zunahme der schwarzen Wahlbeteiligung bei der Kandidatennominierung 1989. Mit etwa 34 Prozent waren die Schwarzen zur größten Gruppe unter den Wahlberechtigten bei den Vorwahlen geworden (vgl. Tabelle 1). Nachdem Dinkins die Nominierung zum Kandidaten der Demokraten gewonnen hatte, gelang es ihm, die hispanischen Wähler (von denen viele vorher Koch unterstützt hatten) auf seine Seite zu ziehen, wobei

er gleichzeitig die Hälfte der liberalen weißen Wähler und ein Viertel der konservativeren, weißen, katholischen und jüdischen Wähler halten konnte. Dies bescherte ihm einen knappen Sieg für seine liberale, ethnisch gemischte Wahlkoalition.

Es gelang Dinkins jedoch nicht, seinen Wahlsieg in eine dauerhafte Regierungskoalition umzusetzen. Zwischen 1989 und 1993 erlebte New York eine Rezession, die der traumatischen Finanzkrise Mitte der siebziger Jahre in ihrer Schwere gleichkam. Während es Dinkins gelang, mit diesen finanziellen Probleme fertig zu werden, ohne die Kontrolle an die Finanzbehörden des Staates zu verlieren (was an sich bereits eine außerordentliche Leistung ist), verhinderten sie, daß er die Erwartungen seiner Unterstützer in den Angestelltengewerkschaften und in den schwarzen und Latinogemeinschaften erfüllen konnte. Konfrontiert mit einer von den Medien hochgespielten Hysterie wegen hoher Straßenkriminalität, mußte Dinkins statt dessen seinen gesamten Finanzspielraum darauf verwenden, die städtischen Polizeikräfte zu stärken. Zusätzlich zu dieser Spannung zwischen den Erwartungen seiner wichtigsten Wählergruppen und der Politik, zu der er sich genötigt sah, war Dinkins dauernder Kritik von Seiten der Medien ausgesetzt wegen seiner angeblichen Inkompetenz und seiner Unfähigkeit, den Konflikt zwischen Schwarz und Weiß zu entschärfen.

Am 2. November 1993 schlug Rudolph W. Giuliani David Dinkins bei neuerlichen Wahlen um das Amt des Bürgermeisters. Dinkins war damit der erste schwarze Bürgermeister, der nach nur einer Wahlperiode wieder aus seinem Amt abgewählt worden war. Giulianis Wahlsieg und seine Erneuerung der konservativen Koch-Koalition verdeutlicht, warum es so schwierig ist, eine liberale, dauerhafte und multi-rassische, regierende Koalition zu bilden. Tabelle 3 zeigt, warum die Wahlen von 1989 und 1993, die sich in vielerlei Weise ähnelten, zu unterschiedlichen Ergebnissen führten.

Im Kern verschoben sich die Verhältnisse zwischen beiden, knapp entschiedenen Wahlen um 97.000 Stimmen. Mehr als die Hälfte dieser Stimmen kam aus den überwiegend weißen Wahlbezirken, in denen die katholische und jüdische Bevölkerung der New Yorker Mittelschicht lebt. Sie verminderten ihre ohnehin mäßige Unterstützung für Dinkins und verstärkten ihre Wahlbeteiligung, während die Wahlbeteiligung insgesamt sank. Ein Referendum über die Frage, ob Staten Island, ein weitgehend katholischer Bezirk New Yorks, sich von der Stadt lossagen sollte, brachte eine große Zahl von Wählern aus dieser Gruppe an die Wahlurnen, insgesamt ein Drittel der 58.000 Wähler,

die zwischen den beiden Wahlen das Lager wechselten. Diese gegenüber der liberalen multiethnischen Koalition hohe Mobilisierungsrate der Koalition der Konservativen reichte aus, um zu einem veränderten Wahlergebnis zu führen.

Wie Tabelle 3 weiter zeigt, wandte sich jedoch auch eine hohe Zahl von Wählern von Dinkins' Koalition ab. Diese Abwanderung vollzog sich in auf zwei Arten: Die Wahlbeteiligung schwarzer Wähler sank, und hispanische und weiße liberale Wählerschichten votierten entweder nicht oder in geringerem Maße für Dinkins. Diese Veränderungen und die Zahlen der Wählerbefragung unmittelbar nach der Stimmabgabe deuten darauf hin, daß insbesondere Hispanics enttäuscht davon waren, daß Dinkins nicht mehr für die Verbesserung ihrer Situation getan oder sich der extremen Probleme der hispanischen Gemeinschaft angenommen hatte. Nur die im Vergleich zur Gesamtbevölkerung kleine Zahl von hispanischen Wählern verhinderte, daß diese Enttäuschung der Dinkins-Koalition nicht noch größeren Schaden zufügte. Schwarze und diejenigen weißen, liberalen Wähler, die in den am wenigsten weißen Wahlbezirken leben, machten ihrer Enttäuschung dadurch Luft, daß sie 1993 in geringerer Zahl wählten als noch 1989.

Trotz der allgemeinen Abnahme der weißen Bevölkerung war Giuliani daher in der Lage, die konservative, weiße, ethnische Koalition durch die Erhöhung ihrer Wahlbeteiligung und die stärkere Unterstützung durch für ihn zentrale Wählerschichten wiederzubeleben. Bürgermeister Dinkins' wichtigste Wählerschichten hingegen reagierten auf seine vierjährige Amtsführung mit Abwanderung und politischer Demobilisierung. Um die Wählerbasis seiner regierenden Koalition zu konsolidieren, wird jedoch auch Giuliani seine Sympathiebasis über die knappe Mehrheit von 1993 hinaus ausweiten müssen.

Eine Quelle der Unterstützung könnte sich aus der zunehmenden Abwanderung unter den jüdischen Wählern von den Demokraten speisen, insbesondere aus der Abwanderung orthodoxer Juden. Im Gegensatz zu anderen weißen ethnischen Gruppen wird die chassidische und orthodox-jüdische Bevölkerung in den nächsten Jahren noch anwachsen. (Die meisten weißen Katholiken, noch vor einer Generation aktive Unterstützer der Demokratischen Partei, waren schon in den siebziger und achtziger Jahren abgewandert, so daß ihre Abwanderungsquote den neunziger Jahren gesunken ist). Viele dieser Wähler hatten sich auch vom jüdischen Kandidaten ihrer Partei für den Senat abgewandt und unterstützten statt seiner den italoamerikanischen Kandi-

daten der Republikaner, Alphonse D'Amato.

Eine andere potentielle Quelle der Unterstützung sind die Hispanics: Sie fühlen sich als Weiße, teilen den Katholizismus mit den italienisch- und irischstämmigen Amerikanern, haben bei sozialen Fragen konservative Ansichten und ihre Stimmen hatten 1993 die höchste Wanderungsrate bei der Nominierung des Parteikandidaten der Demokraten. Bürgermeister Giuliani versuchte, die Öffnung zu seinem Vorteil zu nutzen, indem er eine Reihe von Hispanics auf wichtige Positionen in seiner Administration berief.

Ganz allgemein muß Giuliani ein Auseinanderdriften der verschiedenen Flügel in der New Yorker Wählerschaft verhindern und versuchen, Vorteile aus der Art und Weise zu ziehen, in der Rassen- und Schichtunterschiede weiße, schwarze und hispanische Demokraten auseinander dividieren. Einen großen Schritt in diese Richtung hat er mit der Unterstützung des Demokraten Mario Cuomo gegen den Kandidaten der eigenen Partei und Sieger bei den Gouverneurswahlen, George Pataki, bereits getan. Während Giuliani sich damit die Feindschaft von Patakis Befürworter, Senator D'Amato sowie des Bezirkspräsidenten der Republikaner von Staten Island zugezogen hat, ist es ihm unzweifelhaft gelungen, seine Position bei den weißen Demokraten zu verbessern, deren Unterstützung er 1997 benötigen wird.

3. Die Aussichten auf 1997: Das Schicksal liberaler, ethnisch gemischter Koalitionen

Aus dem Gesagten müssen wir schließen, daß multirassische Koalitionen extrem schweren Zeiten entgegengehen, obwohl die demographischen Veränderungen das Entstehen solcher Koalitionen zu begünstigen scheinen. In dieser Hinsicht ist New York beispielhaft für Probleme, die eine wichtige Rolle beim Scheitern liberaler Koalitionen aus mehreren ethnischen Gruppen in Chicago, Philadelphia und Los Angeles gespielt haben.

Die zwei Schlüsselemente solcher Koalitionen, die weißen liberalen und die schwarzen Wähler, sind im Schwinden begriffen. Angesichts der Schwere der letzten Rezession, der Stagnation der durchschnittlichen Haushaltseinkommen, der finanziellen und politischen Grenzen für öffentliche Ausgaben, der fortdauernden Suburbanisierung des weißen Bevölkerungsteils und des Alterns der „Baby-Boom“-Kohorte wird die weiße, liberale Schicht in gehobenen Berufspositionen in New York und anderen großen Städten in den kommenden Jahr-

zehnten nicht wachsen. Im Gegenteil, sie wird schrumpfen. Darüber hinaus hat sich diese Gruppe im öffentlichen Sektor gut eingerichtet und hat daher keine großen Anreize, sich an politischen Aktivitäten zu beteiligen, die ihre eigene Position gefährden würden. Sie teilen vielmehr bei Themen wie Kriminalität und Steuern die Klasseninteressen konservativer, weißer Wähler. Um sie für eine neue rebellische Koalition zu mobilisieren, müßten Bürgermeister Giuliani oder seine Bürgermeisterkollegen Dailey, Rendell und Riordan sie mit extremen konservativen Positionen bei sozialen Themen vor den Kopf stoßen, wie sie beispielsweise von der Christian Coalition oder konservativen Republikanern vertreten werden. Bisher sind diese Bürgermeister nicht in die Falle getreten.

In ähnlicher Weise haben im Lande geborene Schwarze begonnen, eine den Weißen gleichwertige Position in New York zu besetzen: ein abnehmender Bevölkerungsteil, der jedoch weiterhin ein integraler, wenn auch untergeordneter Teil des lokalen politischen Establishments bleibt. Weit stärker als Hispanics oder Asiaten bedürfen die Schwarzen des öffentlichen Sektors und der durch die öffentliche Hand unterstützten Nonprofit-Jobs für ihr Wohl. Sie haben eine politische Repräsentation bei den Wahlen erreicht, der ihrem tatsächlichen Anteil an der Gesamtbevölkerung der Stadt sehr nahe kommt, und sind unter den Wählern der Demokratischen Partei sogar überproportional vertreten. Das stärkste Wachstum unter der schwarzen Bevölkerung findet bei den karibischen Einwanderern statt, von denen die meisten noch nicht wahlberechtigt sind. Schwarze Amtsinhaber, die sichere Plätze vertreten, haben wenig Interesse daran, diese neuen Wähler in die Wählerschaft aufzunehmen.

Puertorikaner sind in einer ähnlichen, wenn nicht sogar noch stärker benachteiligten Situation. Ihre Zahl befindet sich ebenfalls im demographischen Rückgang. Obwohl Politiker mit puertorikanischer Abstammung gern davon sprechen, die Interessen aller Latinos zu vertreten, befinden sie sich doch in Konkurrenz mit dem schnell wachsenden dominikanischen Bevölkerungsteil, der möglicherweise eine Bedrohung, mindestens aber eine Herausforderung darstellt. In jedem Fall hat die relative Armut und die unzulängliche Bildung zusammen mit der Zersplitterung ihrer politischen Elite und der Unterordnung unter die Kreisorganisationen der regulären Demokraten die politische Mobilisierung der Puertorikaner behindert.

Selbst wenn diese Gruppen stärker zu politischen Aktionen neigen würden, trennen sie doch tiefe Gräben entlang der oben diskutierten

Das Versagen der Dinkins-Koalition

Linien von Rasse, Schicht, Lebensstilen und Wertvorstellungen. Diese Gräben müssen durch den behutsamen Aufbau von Vertrauen und Zusammenarbeit innerhalb der politischen Führungsschichten der entsprechenden Gruppen ebenso wie an ihrer jeweiligen Wählerbasis überbrückt werden. Dies jedoch kann nur in einem organisatorischen Rahmen erreicht werden. Allerdings bietet bisher keine Organisation die Basis für den Aufbau von Vertrauen und Kooperation zwischen den politischen Elementen einer liberalen, multirassischen Wahlkoalition.

Die Demokratische Partei, insbesondere ihr Reformflügel, wäre der naheliegendste Ort, an dem diese Differenzen überwunden werden könnten. Wie wir jedoch wissen, sind die Parteiorganisationen im Verfall begriffen und haben einer wesentlich stärker auf Kandidaten zentrierten Politik Platz gemacht. Parteiorganisationen (Reguläre wie Reformer) sind in New York vielleicht besser organisiert als in anderen großen Städten, aber auch sie waren dieser Entwicklung gegenüber nicht immun. Darüber hinaus ist die Basiseinheit der Organisation von Parteien in New York der Wahlbezirk, der zu relativ starker rassischer, ethnischer und politischer Homogenität neigt.

Alle Anstrengungen, Vertrauen über Rassen- und Ethnienschranken herzustellen, müssen daher zwischen diesen Einheiten der Parteiorganisation unternommen werden, nicht in ihnen. Da die regulären Demokraten die Kreisorganisationen der Partei außerhalb Manhattans leiten, und da es keine stadtweite politische Struktur der Demokraten gibt, werden diese Anstrengungen schlicht nicht unternommen.

Anderen geeigneten Organisationen (wie den Gewerkschaften der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten) ist es ebensowenig gelungen, diese Arbeit zu leisten. Obwohl viele dieser Gewerkschaften (wie beispielsweise der „District Council 37“ oder „Local 1199“ der Krankenhausbeschäftigten) viele der verschiedenen Komponenten einer potentiellen liberalen, multirassischen Koalition beinhalten, sind sie von den städtischen Finanzproblemen in die Defensive gedrängt worden, verlieren sich in internen Konflikten und wollen oder können sich nicht an Organisationen in ihrer Gemeinde wenden, die ein gleichwertiger Partner bei der Bildung einer neuen liberalen Koalition sein müssen.

Wenn überhaupt eine liberale und multirassische Koalition entsteht, dann wahrscheinlich durch einen kandidatenzentrierten Prozeß: durch die Auswahl eines demokratischen Kandidaten für das Bürgermeisteramt, der 1997 gegen Bürgermeister Giuliani antritt. Die denk-

baren Szenarien für diesen Prozeß sind nicht besonders ermutigend. Ohne einen Amtsinhaber der Demokraten werden sich bei der Nominierung eine Reihe von verschiedenen Kandidaten zur Wahl stellen, von denen jeder eine andere Hauptkomponente der Wählerschaft der demokratischen Vorwahlen für sich mobilisiert. Der Präsident des Stadtbezirks Bronx, Fernando Ferrer, könnte danach streben, eine erneuerte (konservative) Koch-Koalition unter den Demokraten durch die Kombination von weißen Katholiken und jüdischen Wählern mit seiner puertorikanischen Anhängerschaft zu bilden. Die Präsidentin des Stadtbezirks Manhattan, Ruth Messinger, wird versuchen, mit reformorientierten weißen Liberalen, jüdischen und schwarzen Wählern eine liberale, zweirassige Koalition wiederzubeleben. Derweil wäre es denkbar, daß sich die schwarzen Wähler in ihrer Frustration und Verärgerung über die Wahlniederlage Dinkins' für die Unterstützung eines schwarzen Kandidaten entscheiden, der ihren Einfluß als größte Gruppe in der Wählerschaft der Demokraten stärker geltend machen könnte. Als Ergebnis ist Zersplitterung und Spaltung ebenso denkbar wie größere Einheit. Welche Entscheidung die schwarzen, politischen Führer treffen, und ob sie sich dazu entschließen können, eine liberale, weiße Kandidatin anstelle eines eigenen Kandidaten zu unterstützen, wird über Zersplitterung oder Einheit der Partei entscheiden.

Die Elastizität des politischen Prozesses und das Ziel der Demokraten, das Bürgermeisteramt wiederzugewinnen, das sie vor dem Sieg Giulianis über einen Zeitraum von zwanzig Jahren besetzten, könnte noch zu Überraschungen führen. Die nächste Kampagne zu den Bürgermeisterwahlen in New York könnte wie ein Treibhaus für das Gedeihen neuer Ideen im urbanen Liberalismus sein. Sowohl die konservative Koalition innerhalb der Demokraten als auch die liberale Dinkins-Koalition aus zwei ethnischen Gruppen, die gegen sie antrat, verloren beide ihre Macht nicht nur aufgrund interner Spaltungen und Enttäuschung (bezüglich der Leistungen der Amtsinhaber und ihrer Administration), sondern weil ein sicheres Amt der Feind der Innovation sein kann. Wie Theodore Lowi bereits vor längerer Zeit feststellte und der Sieg der Republikaner bei den Kongreßwahlen 1994 zeigt, kann der Wunsch der Entmachteten, diese Macht wiederzuerlangen, der Motor für Innovationen sein. Der Vorwahlkampf zu den Wahlen 1997, der schon begonnen hat, könnte daher ein Gradmesser für die Zukunft des urbanen Liberalismus nicht nur dieser Stadt, sondern des ganzen Landes sein.

Das Versagen der Dinkins-Koalition

Tabelle 1: Politischer Status nach Bevölkerungsgruppe, 1989-1990 (in %)

	Bevölkerungs- anteil	Bürger im Wahlalter	registrierte Wähler	Nominierung (Vorwahlen)	Wahl des Bürgermei- sters
Schwarze	25,2	22,8	26,0	34,2	26,8
Latinos	24,4	17,9	15,1	12,4	11,5
Weißer	43,2	54,9	55,5	52,5	60,2
Katholiken	k.a.	k.a.	k.a.	20,5	19,7
Juden in den äußeren Stadt- bezirken	k.a.	k.a.	k.a.	13,4	13,5
Liberaler	k.a.	k.a.	k.a.	14,1	17,5
Protestanten und andere	k.a.	k.a.	k.a.	4,5	9,5
Asiaten	6,7	4,4	3,4	0,9	1,5

Quelle: Bevölkerungsanteile und Bürger im Wahlalter aus dem 1990 PUMS. Registrierte Wähler nach Rasse von der NYC Districting Commission. Wählerstimmen der Primary und General Election von der Districting Commission; Aufschlüsselung in Untergruppen aus der CBS/New York Times Umfrage bei Wählern unmittelbar nach der Stimmabgabe 1989.

Tabelle 2: Bevölkerungsgruppen und politische Haltung (in %)

Bevölkerungsgruppen	Liberal	Gemäßigte	Konservative	weiß nicht / keine Antwort	Gesamt
weiß	30,1	39,9	27,0	3,1	49,4
latino	27,6	22,1	42,4	7,9	17,6
schwarz	32,5	35,4	23,5	8,5	23,8
asiatisch u.a	23,2	32,8	34,2	9,8	9,2
gesamt	29,6	35,1	29,5	5,8	100

Quelle: New York Times/CBS News Telephone Survey von 1760 Haushalten in New York City im Mai 1993.

Tabelle 3: Wahlergebnisse der Bürgermeisterwahlen 1989 und 1993 nach Wahlbezirkstyp

WB-Typ	Stimmen 1989	Anteil von Dinkins	Stimmen 1993	Anteil von Dinkins	Veränderungen Dinkins	Veränderungen Stimmen	Stimmenverschiebungen
schwarz	452.214	92,4%	434.371	91,8%	-0,6%	-3,9%	20.150
hispanic	107.603	74,7%	104.353	71,5%	-3,2%	-3,0%	7504
Minderheit	106.681	63,8%	99.470	64,0%	0,2%	-6,8%	1917
weiß	234.195	42,4%	225.402	40,9%	-1,5%	-3,8%	9603
weißer	541.077	29,0%	530.778	26,3%	-2,7%	-1,9%	28.735
ganz weiß	320.770	20,9%	327.728	17,4%	-3,5%	+2,2%	29.247
Gesamt	1.781.444	50,5%	1.770.195	48,1%	-2,4%	-0,6%	97.156

Quelle: New York City District Commission und Associated Press. Schwarze WBs sind mehrheitlich schwarz; hispanische WBs sind mehrheitlich hispanisch; Minderheiten- WBs sind mehrheitlich schwarz und hispanisch kombiniert; weiße WB sind zwischen 50 und 79,9 Prozent weiß; weißere WB haben zwischen 80 und 94,9 Prozent weiße Bevölkerung, ganz weiße WBs haben zwischen 95 und 100 Prozent weiße Bevölkerung.

Die Spalte „Stimmenverschiebungen“ wurde wie folgt ermittelt: (Stimmen für Dinkins 1989 – Stimmen für Giuliani 1989) – (Stimmen für Dinkins 1993 – Stimmen für Giuliani 1993), und läßt sich daher nicht direkt aus den vorhergehenden Spalten ableiten.

Das Versagen der Dinkins-Koalition

- 1 Im folgenden schließen die Kategorien weiß, schwarz und asiatisch, wenn nicht anders vermerkt, die Hispanics (die spanischsprachige Bevölkerungsgruppe) aus, die in einer eigenen Kategorie zusammengefaßt werden. Hispanics können jeder Rasse angehören: Der Zensus der Stadt New York wies 1990 45 Prozent weiße, 15 Prozent schwarze und 40 Prozent „andere“ Hispanics aus.
- 2 Insbesondere die anregende Arbeit von R. Browning/D. Marshall/D. Tabb, *Protest is Not Enough*, Berkeley 1984, sowie weitere Fallstudien unter denselben Rahmenbedingungen in: R. Browning/D. Marshall/D. Tabb (Hrsg.), *Racial Politics in American Cities*, New York 1990. Andere wichtige Fallstudien oder Vergleiche finden sich bei J. W. Button, *Blacks and Social Change: Impact of the Civil Rights Movement in Southern Communities*, Princeton 1989; R. E. DeLeon, *Left Coast City. Progressive Politics in San Francisco, 1975-1991*; Lawrence 1992, P. M. Green/M. Holli (Hrsg.), *Restoration 1989: Chicago elects a New Daley*, Chicago 1991; W. Grimshaw, *Bitter Fruit. Black Politics and the Chicago Machine 1931-1991*, Chicago 1992; P. Skerry, *Mexican Americans: The Ambivalent Minority*, o.O. 1993, R. J. Sonenshein, *Politics in Black and White*, Princeton 1994; und C. Stone, *Regime Politics: Governing Atlanta 1946-1988*, Lawrence 1989.
- 3 Eine Diskussion der „new immigration“ und ihres Einflusses auf die Stadt New York findet sich bei J. J. Salvo/R. J. Ortiz, *The Newest New Yorkers: An Analysis of Immigration into New York in the 1980s*, New York 1992; N. Foner (Hrsg.), *New Immigrants in New York*, New York 1987 und P. Kasinitz, *Caribbean New York: Black Immigrants and the Politics of Race*, Ithaca 1992.
- 4 Für eine umfassende Analyse ethnischer Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und bei der Beschäftigung im öffentlichen Dienst siehe R. Waldinger, *Still the Promised City? White Ethnics, African-Americans, and New Immigrants in New York, 1940-1990* (im Druck). Hinweise auf den Argwohn zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen in New York finden sich bei C. Setlow/R. Carolyn, *1992 New York City Intergroup Relations Survey*, in: *American Jewish Committee Working Papers on Contemporary Anti-Semitism*, 1993.
- 5 A. Falcon, *Black and Latino Politics in New York City: Race and Ethnicity in a Changing Urban Context*, in: *New Community* 14 (1988), 3, S. 370-384, diskutiert die Dynamik der Konkurrenz zwischen Schwarzen und Latinos, während M. Shefter, *Political Incorporation and the Extrusion of the Left: Party Politics and Social Forces in New York City*, in: *Studies in American Political Development* 1 (1986), S. 50-90, die Wege beschreibt, auf denen die politischen Eliten konkurrierender Gruppen dazu gebracht werden, die politische Mobilisierung in ihren Wahlkreisen als Voraussetzung für politische Teilnahme in New York zu formen und zu begrenzen.
- 6 So beispielsweise J. Sleeper, *The Closest of Strangers: Liberals and the Politics of Race in New York City*, New York 1990, und J. Rieder, *Canarsie: The Jews and Italians of Brooklyn Against Liberalism*, Cambridge 1985.
- 7 Der Begriff „reguläre Demokraten“ bezeichnet den eher konservativen Parteiflügel, im Unterschied zum liberaleren Flügel der Reform-Demokraten. (Anm. d. Hrsg.)
- 8 Eine Analyse des Aufstiegs und Falls der Koch-Koalition findet sich bei J. H. Mollenkopf, *A Phoenix in the Ashes: The Rise and Fall of the Koch Coalition in New York City Politics*, Princeton 1994.
- 9 Die „Maschine“ steht für jenen Teil der demokratischen (oder republikanischen) Partei, der besonders rücksichtslos und machtbesessen seine Ziele zum Teil mit illegalen Mitteln verfolgt. Die nach dem Sitz ihrer Parteizentrale in Manhattan genannten

„Tammany-Hall-Maschine“ der regulären Demokraten war in den zwanziger Jahren berüchtigt wegen ihrer Protektion, Korruption und Zusammenarbeit mit der Mafia. (Anm. d. Hrsg.)

- 10 Das Oszillieren zwischen Regulären und Reformern in der New Yorker Politik diskutiert T. J. Lowi, *At the Pleasure of the Mayor*, New York 1964, und M. Shefter, *Political Crisis/Fiscal Crisis: The Collapse and Revival of New York City*, New York 1985.
- 11 Dieser Punkt wird von R. J. Sorensen, *Politics in Black and White* (Anm. 2), Kap. 14, erörtert.